

## **Änderungsanträge zum Programmentwurf nach Bearbeitung durch die Redaktionskommission**

### **Kapitel 1**

#### **Variante 1**

- I.1. Absatz 22: „Doch erst ... gezeigt.“ streichen
- I.2. Absatz 24: streichen bis auf den letzten Satz und diesen wie folgt umformulieren:  
„Die Sozialdemokratie, linkssozialistische Bewegungen, USPD und KPD gehören zum historischen Erbe der LINKEN.“
- I.3. Absatz 25/26: streichen bis auf den letzten Satz von Absatz 26

hilfsweise: In Absatz 25 den Satz: „Viele sind ... auf der Flucht“ wie folgt ändern: „Viele sind von den Nazis ermordet worden, andere saßen in Gefängnissen und Konzentrationslagern oder befanden sich auf der Flucht.“

- I.4. Absatz 27: „So litten ... Gesellschaft auf.“ streichen
- I.5. Absatz 34 ff mit Absatz 28 ff. tauschen
- I.6. Absätze 29-32 ersetzen durch:  
„Trotz der von Gewerkschaften in harten Auseinandersetzungen durchgesetzten Lohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und verbesserten sozialstaatlichen Leistungen blieb durch die Notstandsgesetze und eine repressive Innenpolitik im Zuge der Auseinandersetzung mit der RAF die Erfüllung der Ansprüche der Demokratiebewegung auf halber Strecke stehen. Die Friedensbewegung forderte Abrüstung und vor allem die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen. Sie unterstützte und prägte die Entspannungspolitik, mit der es in den 1970er und 1980er Jahren gelang, die gefährliche Blockkonfrontation der Nachkriegszeit aufzuweichen und so zu entschärfen. Weder die Frauenbewegung mit

dem Ziel eine geschlechtergerechte Gesellschaft noch die Umweltbewegung mit dem Ziel eine naturverträgliche Produktions- und Lebensweise zu erreichen und Nutzung der Atomkraft zu beenden konnte ihre Ziele vollständig erreichen. Sie haben allerdings zu einem veränderten Bewusstsein und Sensibilisierung für Probleme beigetragen. Gleiches gilt für Internationalistische Gruppen, die Befreiungsbewegungen in Afrika, Lateinamerika und Asien unterstützten und für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit stritten. Diese Erfahrungen zeigen, dass ein langer Atem nötig ist um Anfänge gesellschaftlicher Veränderungen zu erreichen.“

1.7. Absatz 33/34 ersetzen durch:

„In Ostdeutschland setzten sich nach 1945 viele Einwohnerinnen und Einwohner für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein. Im April 1946 wurde die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands gegründet. Der Zusammenschluss von SPD und KPD wurde mit dem gemeinsamen Widerstand gegen den Faschismus gerechtfertigt. Die Lehren aus der vergangenen Spaltung der Arbeiterbewegung sollten gezogen werden. Doch die Vereinigung erfolgte unter Druck und Zwang, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die ihm Widerstand entgegengesetzten, wurden verfolgt. Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen - ohne allerdings an den patriarchalen Grundstrukturen zu rütteln-, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur. Dem gegenüber stehen allerdings staatliche Willkür, eingeschränkte politische Freiheiten, Menschenrechtsverletzungen, Verhinderung von Bildungschancen aufgrund politischer oder religiöser Einstellungen sowie fehlende Rechtsstaatlichkeit. Die Demokratie blieb auf der Strecke, und eine ökologische Orientierung hatte keine Chance. Die Zentralisation der ökonomischen Entscheidungen und die bürokratisierte Form der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sowie die weitgehende Einschränkung betrieblicher Selbstständigkeit führten langfristig zu einem Zurückbleiben der Innovations- und Leistungsfähigkeit. Damit sank die Anziehungskraft des ökonomischen Modells der DDR. Letztendlich führten all die benannten Ursachen zum

Scheitern der DDR, denn: Ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen Mehrheit des Volkes gewollt und demokratisch gestaltet, sondern von einer Staats- und Parteiführung autoritär gesteuert wird, muss früher oder später scheitern. Ohne Demokratie kein Sozialismus. Deshalb gehörte zum Gründungskonsens der PDS der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus als System.

Zu diesem Bruch gehört es auch, dass wir uns als Rechtsnachfolgerin der SED unserer Verantwortung stellen und die Lehren aus dem in der DDR begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen und Kirchen gezogen haben. Bereits 1990 hat der Parteivorstand der PDS sich zur Verantwortung an einer verfehlten Politik der SED bekannt, die tragische Schicksale, Benachteiligung, Verdächtigung und ohnmächtige Betroffenheit auslöste und die Gläubigen, Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung gebeten. Heute engagieren sich in der LINKEN Christinnen und Christen neben Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, aber auch Atheistinnen und Atheisten für gemeinsame Ziele und Werte, die in den großen Religionen genauso ihre Wurzeln haben, wie in den Ideen der Aufklärung und des Humanismus: Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe und Toleranz.“

hilfsweise: Der letzte Satz in Absatz 34 erhält die alte Form zurück.

- 1.8. Absatz 36: „mit ihrem Anspruch... Erfolge.“ ersetzen durch:  
„ ... je mehr sie sich den konkreten Problemen der Menschen vor Ort annahm und für demokratische Lösungen stritt. Wesentlicher Bestandteil dieses Engagements war der Anspruch, Interessen der Menschen in Ostdeutschland politisch zu vertreten. Ihre Versuche, Menschen in Westdeutschland zu gewinnen, hatten jedoch nur geringe Erfolge.“
- 1.9. Absatz 37-40 ersetzen durch:  
„Viele der in Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen aktiven Linken hatten keine Bindung zu einer Partei. Nach 8 Jahren neoliberaler Politik im vereinten Deutschland die sich u.a. auch in der Abschaffung des Asylrechts äußerte, wurde das Projekt »Rot-Grün«, von vielen mit hohen Erwartungen begrüßt, enttäuschte aber ab März 1999, da es soziale und ökologische Ziele den Interessen des Kapitals

unterordnete und die Tür für internationale Kriegseinsätze deutscher Soldaten öffnete. In rasantem Tempo wandten sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen von Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und den Interessen der Bevölkerungsmehrheit an einer friedlichen Welt ab. Das »Hartz IV«- Gesetz und die Agenda 2010 führten zum endgültigen Bruch vieler sozial und links gesinnter Menschen mit SPD und Grünen und zur Entwicklung einer neuen politischen Kraft, der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Im Jahr 2007 haben sich Linkspartei.PDS und WASG zur neuen Partei DIE LINKE vereinigt.“

Variante 2:

I.10. Seite 2:

nach: „... mit ihrem Leben bezahlen.“ wie folgt weiter:

„Als die deutsche Revolution von 1918/1919 blutig niedergeschlagen wurde, vertiefte sich die Spaltung der Arbeiterbewegung und mündete in die Gründung der KPD. Die Spaltung der Arbeiterbewegung erleichterte den Aufstieg der Nationalsozialisten und verhinderte den gemeinsamen Widerstand gegen ihre Machtübernahme. Der Widerstand gegen die faschistische Barbarei war letztlich erfolglos. Viele sind von den Nazis ermordet worden, andere saßen in Gefängnissen und Konzentrationslagern oder befanden sich auf der Flucht.“

danach weiter wie bislang im Text

I.11. Seite 4:

nach: “ ... späten 1960er Jahren“ streichen bis: „SPD ein“

I.12. Seite 5:

„Mit der Regierung Brandt... konservative Wende einsetzte“ streichen

## Kapitel 2

- II.1.* Absatz 41: „Zugleich werden ... gesichert werden können.“ ersetzen durch:  
„Mit dem technologischen Fortschritt geht zugleich die Vernichtung von Erwerbsarbeitsplätzen einher. Profitstreben zerstört am Ende den Wohlstand und betreibt Raubbau an der Natur. Kriege werden in Kauf genommen, wenn auf diese Weise Profite gesteigert und gesichert werden können. Doch Kriege werden auch unter dem Deckmantel des Humanismus geführt.“
- II.2.a.* Absatz 46: vor „Soziale Rechte“ werden die Wörter: „Demokratische und“ eingefügt; aus „und“ wird „sowie“
- II.2.b.* nach: „Flexibilität zu erhöhen“ wird eingefügt: „Die sogenannte geistig-moralische Wende nahm ihren Anfang. Elementarer Bestandteil dieser Wende war die Unterordnung aller Lebensbereiche unter eine Verwertungslogik und die Aufrechterhaltung des Patriarchats ebenso wie Nützlichkeitsabwägungen im Rahmen von Zu- und Einwanderung und fortschreitende Ausbeutung der Länder des Südens durch den Norden. In diese Zeit fallen“  
nachfolgend wird wie folgt umformuliert: „umfassende Privatisierungen zuvor öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen. Dies und die Privatisierung sozialer Sicherungen“
- II.3.* Absatz 47: alles bis auf den ersten Satz wird gestrichen
- II.4.* Absatz 49: Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Die Europäische Union wurde im Rahmen politischer Kämpfe durch politische Entscheidungen der Nationalstaaten neoliberal umgebaut.“
- II.5.* Absatz 51: am Ende des Absatzes wird folgendes eingefügt: “Die Spaltung der Welt in einen reichen Norden und einen armen Süden schreitet voran. Zwar eröffneten sich in den Entwicklungsländern für Millionen Menschen, insbesondere für Frauen Möglichkeiten der Erwerbsarbeit.

Doch zugleich wurden sie neuen kapitalistischen Zwängen unterworfen, gesellschaftlicher Zusammenhalt und natürliche Lebensräume wurden zerstört.“

*II. 6.* Absatz 52: „Die Lebensverhältnisse ... verschlechtert“ ersetzen durch: „Die Lebensverhältnisse von kleinen Selbständigen und Kreativen, Niedrigverdienern und Erwerbslosen in den Industrieländern haben sich im wesentlichen verschlechtert.“

hinter „Normalität“ den Halbsatz „Mehr Eigenverantwortung ... verbunden;“ ersetzen durch: „Die Gesellschaft hat keine Antworten darauf entwickelt, wie ein gerechter Ausgleich zwischen Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern hergestellt werden kann und wie gesellschaftlich sinnvolle, aber nicht dem Profitprinzip unterliegende Arbeit, finanziert werden kann. Im Ergebnis dieser Versäumnisse und einer zunehmenden Digitalisierung der Gesellschaft gehören informelle und prekäre, unterbezahlte und sozial ungesicherte Erwerbsarbeit zur Normalität. Mehr Eigenverantwortung in der Arbeit hat als Kehrseite eine verstärkte Auslieferung und Selbstanpassung an Unterordnungs- und Herrschaftsverhältnisse hervorgebracht.“

*II.7.* Absätze 54/55: streichen

*II.8.* Absatz 62: hinter „Kapitalverwertung“ einfügen: „die Fortschreibung des Patriarchats und Begünstigung von Rassismus“

*II.9.* Absatz 63: Absatz ersetzen durch: „Ausuferndes Gewinnstreben und wachsende materielle Ungleichheit zersetzen die Gesellschaft von innen. Konkurrenzkampf, Misstrauen, soziale Ausgrenzung und Unsicherheit wachsen, Kooperation, Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen und Bereitschaft soziale Verantwortung zu übernehmen, schwinden. Darunter leidet auch die generationenübergreifende Solidarität. Ausgrenzung von Menschen auf Grund der Herkunft, des sozialen Status, der sexuellen oder religiösen Orientierung oder des Geschlechts sind täglich erfahrbar. Immer mehr Menschen werden in extreme Unsicherheit und wachsende Armut gezwungen. Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung. Dabei ist ein Mechanismus erkennbar, bei dem die Angst vor der

Unsicherheit und der Frust über die eigene Situation an die noch Schwächeren weitergegeben und an ihnen ausgelassen wird. Während viele im Erwerbsarbeitsprozess kreativ herausgefordert sind, werden andere gezwungen, auch die unsinnigste Erwerbsarbeit zu jedem Preis anzunehmen. Ideen zur Finanzierung und Gewährleistung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die weder dem Profitprinzip unterworfen werden kann und soll noch im Rahmen des öffentlichen Dienstes durchgeführt wird, werden politisch nicht gewollt. Das Bildungssystem trägt zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft bei. Rassismus und Faschismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit nehmen zu. Migrantinnen und Migranten stehen häufig auf der untersten sozialen Stufe und werden Sondergesetzen unterworfen.“

*II. 10.* Absätze 64/65: ersetzen durch:

„Der neoliberale Kapitalismus trägt zur Aushöhlung der Demokratie bei. Die Möglichkeit demokratischer Einflussnahme und Mitgestaltung schwindet sowohl auf der institutionellen als auch auf der wirtschaftlichen Ebene. Privatisierung und Liberalisierung der Ökonomie entzieht die Wirtschaftsentwicklung der politischen Einflussnahme. Die Gewinne der Globalisierung werden privatisiert, die Verluste sozialisiert. Soweit öffentliche Unternehmen privatisiert werden, wird den politisch Handelnden die Einflussnahme auf Entwicklungen im gesamtgesellschaftlichen Interesse entzogen. Doch auch auf der institutionellen Ebene wird die Demokratie ausgehöhlt. Neue Möglichkeiten der Einflussnahme auf politisches Handeln durch die Potenziale des Internets bleiben ungenutzt. Mehr direktdemokratische Einflussnahme wird blockiert. Die soziale Spaltung der Gesellschaft führt zu einer Spaltung der demokratischen Gesellschaft. Ein großer Teil der Bevölkerung bleibt von demokratischer Einflussnahme ausgeschlossen, weil ihm die Möglichkeiten zur Partizipation fehlen. Gleichzeitig wird der repressive Überwachungsstaat ausgebaut. Mit jedem technischen Fortschritt werden neue Ideen entwickelt, um die Bürgerinnen und Bürger zu überwachen und Strafen besser durchsetzen zu können. Datenschutz wird ebenso ausgeblendet wie Informations-, Presse- und Demonstrationsfreiheit. Staat und Wirtschaft starten immer neue Prozesse, um das Internet und die damit verbundenen Möglichkeiten

für horizontale Kommunikation und Meinungsbildung einzuhegen und zu reglementieren.

Der Eindruck, die Politik kümmere sich nicht um die Interessen der benachteiligten Einwohnerinnen und Einwohner sowie der Ausschluss von Mitentscheidungsmöglichkeiten führen zu Politiker- und Parteienverdrossenheit. So entsteht ein gefährlicher Teufelskreis der Unterhöhnung des demokratischen Systems. Es entwickelt sich eine *Krise der Demokratie und der gesellschaftlichen Ordnung.*“

II.11. Absatz 69/72: Überschrift und Absätze wie folgt ändern:

**„Krieg als Mittel der Politik**

Trotz aller Erfolge der Friedensbewegung wird auch in Deutschland mittlerweile der Krieg wieder als legitimes Mittel der Politik dargestellt. Unter dem Deckmantel des Humanismus werden Machtinteressen mit dem Mittel des Krieges ausgetragen. Aber auch weil Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben wollen, damit sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können, wird immer noch Krieg geführt.

Es gibt nach wie vor Imperialismus. Während auf der einen Seite politische Abhängigkeiten und Einflussphären gesichert werden sollen, stützt sich auf der anderen Seite der Imperialismus auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung. Die sich daraus entwickelnden imperialen Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte.

Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall staatlicher Ordnung, zu Fundamentalismus und Terrorismus. Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen »Schurkenstaaten«. Besonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten.

Die Gefahr einer Ausbreitung der Anerkennung von Krieg als legitimum Mittel der Politik ist groß. Mächtige Fraktionen der Machteliten des Nordens halten an dessen globaler Vorherrschaft fest.



Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäischen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert kein Krieg mehr geführt wurde, beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums immer öfter an Kriegen. Die Legitimation zieht sie dabei aus dem Handeln der Regierungen der sie bildenden Nationalstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich u.a. im Grundlagenvertrag von Lissabon wider.“

### Kapitel 3:

*III.1.* Alternativabstimmung zu weiteren Arbeitsgrundlage zwischen Text der Redaktionskommission und Alternativem Programmwurf Sharma/Wawzyniak (*bei Gewinn Alternativer Programmwurf Sharma/Wawzyniak entfällt bisheriges Kapitel 3*)

*III.2.* Nach Absatz 82: einfügen:

„Die Eigentumsfrage muss im 21. Jahrhundert deutlich weiter gefasst werden. Es geht hierbei auch darum, Wissen und Information öffentlich zugänglich zu machen. Es ist nicht hinnehmbar, dass mit öffentlichen Geldern subventionierte Forschungsergebnisse nicht öffentlich zugänglich sind. Für eine friedliche, solidarische und demokratische Gesellschaft ist der öffentliche Zugang zu Wissen und Information unumgänglich und darf nicht einzelnen vorbehalten bleiben.“

*III.3.* Absatz 89: nach „Gewerkschaften“ einfügen: und andere zivilgesellschaftliche Organisationen“

#### Kapitel 4:

IV.1. Alternative Abstimmung zwischen Struktur Text der Redaktionskommission mit Reformprojekten und Alternativem Programmentwurf Sharma/Wawzyniak mit der Beschreibung von Zielen

IV.2. Absatz 97: "Die LINKE setzt ... ein." ersetzen durch: „DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, die friedliche Lösung von Konflikten und die Demokratisierung der Gesellschaft ein.“

IV.3. Absatz 100: Absatz 133 ff. an diese Stelle vorziehen (Tausch von IV.1. und IV.2.)

IV.4. Absatz 107a: folgt

IV.5. Absatz 126: hinter „Parität“ wird eingefügt: „In der LINKEN wird darüber hinaus debattiert, ob perspektivisch auch die Kranken- und Pflegeversicherung steuerfinanziert werden sollte.“

IV.6.a. Absatz 127: nach „abflachen.“ wird eingefügt: „In der LINKEN wird darüber hinaus debattiert, ob perspektivisch auch die Rentenversicherung Steuerfinanziert werden sollte.“

IV.6.b. den Satz: „Die Rente erst ab 67 lehnen wir ohne Wenn und Aber ab“ streichen

IV.7. Absatz 129: nach „Missbrauch“ die Worte: „aufgrund fehlender Aufklärung über rogen und deren Konsum“ streichen

IV.8. Absatz 135: streichen

IV.9. Absatz 140c: folgt

IV.10. Absatz 141a: folgt

IV.11. Absatz 142: nach "Schlüssel." den Satz "Ethnische Minderheiten ... pflegen zu können" streichen. Text zu autochthonen Minderheiten unter "Kultur"

IV.12. Absatz 146: Zuarbeit Medienkompetenz folgt

IV.13. Absatz 150b: Zwischen Absatz 150b und Absatz 150c folgenden neuen Absatz einfügen:

"Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der die Verschiedenheit von Menschen unterschiedlicher Herkunft anerkannt und die Kultur der Minderheiten von der Mehrheitsbevölkerung geschätzt und gefördert wird. Die Politik der Bundesrepublik muss sich an den internationalen Maßstäben ausrichten. Dazu gehört, dass die Angehörigen der seit Jahrhunderten in Deutschland lebenden Minderheiten - Sorben, Dänen, Friesen, Sinti und Roma - ihre spezifischen Belange und Ansprüche gleichberechtigt artikulieren und realisieren können. Wir wollen - auch in der Verfassung - Rahmenbedingungen schaffen, die die Wahrung und Weiterentwicklung ihrer Identität, Sprache und Kultur sichern, ihr Recht auf Selbstbestimmung schützen und ihre Repräsentanz und Mitwirkung im gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess fördern."

IV.14. Absatz 150d: folgt

IV.15. Absatz 153a: Neufassung:

„Die derzeitigen Massenmedien, bis auf das Internet, befinden sich überwiegend im Besitz weniger Konzerne und Finanzinvestoren. Trotz journalistischer Unabhängigkeit haben diese damit einen wesentlichen Einfluss darauf, was wir wissen, worüber wir reden und was wir meinen sollten. Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. Um so wichtiger ist die Bewahrung eines freien Internet ohne Zensur und mit festgeschriebener Netzneutralität. Demokratische Medien erfordern demokratische Redaktionsstatuten, die Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie die Anwendung des Kartellrechts auf den Mediensektor.“

IV.16. Absatz 154: streichen

- IV.17.a. Absatz 157 bis 163 (neu):  
hinter: "zukunftsfähiges Wirtschaften erfordert die Reduktion des Ressourcenverbrauches um 90 Prozent." einfügen:  
"gegenüber dem Jahr ???"
- IV.17.b. Absatz 157 bis 163 (neu)  
hinter: "vertretbar, wenn" einfügen: "weltweit"
- IV.17.c. Absatz 157 bis 163 (neu): "Die Forschung ... demokratischer Kontrolle."  
ersetzen durch:  
"Transporte von Tieren, ihre Züchtung sowie ihre Haltung in Zoos bedürfen strengeren Auflagen und demokratischer Kontrolle."
- IV.18. Absatz 165a: nach „Weltfriedens.“ streichen bis „... Charta.“

## Kapitel V

- V.1. Absatz 178: „Mit der Mobilisierung...Gesellschaft“ ersetzen durch: „Mit der Mobilisierung von gesellschaftlichem Widerstand, parlamentarischem Agieren und Einsatz in Landesregierungen für eine grundlegende Umgestaltung machen wir uns auf den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft.“
- V.2. Absatz 179: nach „... Interessen zu betonen.“ streichen
- V.3. Absatz 182: nach „... Gewerkschaften.“ streichen
- V.4. Absatz 189/190: neu wie folgt:  
„Voraussetzung für die Ausstrahlung, den Rückhalt und den Erfolg der LINKEN ist realistische glaubwürdige Politik, die sich schon in unseren Wahlprogrammen widerspiegeln muss. DIE LINKE muss mit ihrem programmatischen Profil und ihren inhaltlichen Grundpositionen in allen politischen Konstellationen erkennbar sein. Wir wollen eine andere Politik und kämpfen dabei um die Hegemonie in der öffentlichen Diskussion. Über Regierungsbeteiligungen der LINKEN muss unter konkreten Bedingungen an konkreten Orten anhand verbindlicher Kriterien durch Parteitagsbeschlüsse entschieden werden. Unsere Kriterium besteht aus drei Bestandteilen. Kriterium für eine Regierungsbeteiligung ist, ob mit einer Regierungsbeteiligung einer Verschlechterung der Lage der Einwohnerinnen und Einwohner entgegengewirkt und alternative Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus eröffnet und Einwohnerinnen und Einwohner zu eigenem politischen Engagement ermuntert werden. Dieses Kriterium ist auf die konkrete Situation herunter zu brechen und damit auf die konkrete Situation anzuwenden. Darüber hinaus wird sich DIE LINKE auf Bundesebene nicht an einer Regierung beteiligen, die Kriege führt und Kampfeinsätze der Bundeswehr im Ausland zulässt.“